

Was ó fast ó alle französischen Parteien in der EU wollen:

Weniger Freihandel und mehr soziale Angleichung

Nicht nur die ó zersplitterte ó Linke, sondern auch die tendenziell liberale Bewegung von Präsident Macron wirbt für einen gemeinsamen šsozialen Schutzschildō in der EU. Die konservativen šRepublikanerō sind von diesen Positionen nicht weit entfernt / Darüber hinaus dringt Macron auf eine Verstärkung der zentralen politische Befugnisse der EU / Die Nationalistin Marine Le Pen hat zwar den Euro- und EU-Ausstieg neuerdings ad acta gelegt, ihr Programm läuft aber weiterhin de facto auf eine Sprengung der EU hinaus.

Frankreichs Politikkräfte ticken oft ziemlich anders als ihre jeweiligen österreichischen Partner in der EU, das hat sich im abgelaufenen EU-Wahlkampf wieder besonders deutlich gezeigt. Fast alle setzen auf eine Dosis Wirtschaftsprotektionismus und verstärkten öffentlichen Interventionismus. Das Freihandels-Prinzip als Ultima Ratio, namentlich im Umgang mit den USA, ist verpönt.

Das gilt auch für die Zentrumsbewegung von Staatschef Emmanuel Macron, mit der Österreichs šNeosō verbündet sind. So hatte sich Frankreich alleine im April gegen Handelsgespräche zwischen der EU und den USA ausgesprochen, wurde aber überstimmt. Macron verwies dabei auf den Ausstieg von Präsident Trump aus dem Pariser Klima-Abkommen: šUS-Firmen sind dadurch im Vorteilō.

Macrons Auftritt als öko-bewusster Streiter gegen šunlautere Konkurrenzō (sein Slogan: šFür eine EU, die schütztō) entspricht der Stimmung in Frankreich, auch wenn die Bevölkerung an seiner Entschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit zweifelt.

Macron befürwortet auch die Einführung beziehungsweise Erhöhung von Mindestlöhnen in allen EU-Staaten. Die Richtlinie zur Entsendung von Arbeitskräften von einem EU-Land ins andere, die bereits 2017 auf Macrons Initiative reformiert wurde (Begrenzung auf ein Jahr und Angleichung an ortsübliche Entlohnung), soll noch einmal nachgebessert werden: durch Entrichtung der Sozialabgaben im Gastland und Ausdehnung auf das Frachtgewerbe.

Aber es ist fraglich, ob Macron dafür ausgerechnet bei den Parteien der liberalen Allianz, mit denen er eine neue EU-Fraktion bilden wird, auf großen Anklang stößt. Mehr Zustimmung findet Macrons beherztes Eintreten für verstärkte zentrale Befugnisse der EU (Armee, Außengrenzschutz).

Macron will diese Fraktion als Hebel benützen, um die Führungskonstellation aus Europäischer Volkspartei und Sozialdemokraten aufzubrechen und eine Schlüsselstellung im EU-Machtpoker einzunehmen.

Die FPÖ-Verbündete Marine Le Pen hat zwar den Ausstieg aus dem Euro und die šZerstörung der EUō neuerdings aus ihrem Programm gestrichen. Sie fordert aber die Abschaffung der EU-Kommission sowie die Rückkehr zur Währungs-Oberhoheit der französischen Nationalbank ó also die De-facto-Zerstörung der EU.

DANNY LEDER, PARIS